



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 28. Mai 1880.

Nr. 243.

Deutschland.

Berlin, 27. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

Wir haben gestern zur Beleuchtung der Frage, wie die Regierung von dem Standpunkte des Staatsministerial-Beschlusses vom 17. März zu dem ihrer Vorlage an den Landtag gelangt sei, eine Instruktion für den königlichen Botschafter in Wien veröffentlicht. Wir können heute zum Verständnis derselben noch den fast wortgetreuen Auszug eines Berichtes vom 15. und 16. April hinzufügen, auf welchen die gestern abgedruckte Instruktion die Antwort bildet. Wir schließen an diese Mittheilung den Auszug eines Wiener Berichtes vom 29. März, in dessen Inhalt im gleichzeitigen Hinblick auf die politische Haltung des Centrums die Zweifel der königlichen Regierung an der Möglichkeit der Durchführung des Staatsministerial-Beschlusses vom 17. desselben Monats ihren Ursprung nahmen. Wenn Rom soweit, wie daraus hervorging, von der Verwirklichung der theoretischen Zusagen des Breve's vom 24. Februar entfernt war, und wenn durch die dritte darin ausgesprochene Vorfrage das ganze Ergebnis der bisherigen Verhandlungen von Neuem in Frage gestellt und der Stand derselben auf den ersten Ausgangspunkt zurückgebrängt wurde, so konnte die königliche Regierung danach mit Sicherheit berechnen, daß diejenige Vorverständigung mit Rom, welche der Ministerialbeschluss in Aussicht nahm, wenn überhaupt auf diese noch eine Hoffnung blieb, bis zum Zusammentritt beziehungsweise bis zum Schluss des Landtags nicht erreicht sein würde. Wenn die Regierung die Verhandlungen einfach auf der bisherigen Basis hätte fortsetzen wollen, so konnte sie das Ergebnis derselben, vorausgesetzt auch, daß ein solches wirklich erreicht wurde, doch erst in der nächsten Herbstsession dem Landtage vorlegen, und da sie bis dahin über die Entschliessungen des letzteren keine Sicherheit haben konnte, so wäre sie auch, bis nach der Herbstsession, nicht im Stande gewesen, dem Papste irgend welche Vorschläge außerhalb des Rahmens der bestehenden Gesetze zu machen. Es hätte ihr an jeder Gewissheit darüber gefehlt, ob sie Zusagen, die sie etwa geben wollte, zu halten im Stande sein würde. Außerdem scheint es, daß das Vertrauen auf ein Ergebnis der Verhandlungen, mit welchen die Regierung nach dem Breve vom 24. Februar ihren Beschluss vom 17. März gefasst hatte, durch die abschwächende Deklaration, welche die Depesche Nina's vom 23. März enthält, und durch den Inhalt des Berichtes vom 15. und 16. April erschüttert worden war. So erklärt sich ihr Entschluss, ungewisse und langaussehende Ziele nicht unverändert im Auge behalten zu wollen, sondern den katholischen Staatsgenossen die KonzeSSIONen, welche ohne Schädigung des Staates und seiner Autorität möglich sind, im Sinne der landesväterlichen Fürsorge für die katholischen Unterthanen des Königs gratis und ohne Rücksicht auf irgend welche römische Gegenleistung zu machen und zu diesem Behuf gesetliche Vollmachten nachzusuchen, durch welche die Regierung in den Stand gesetzt würde, ihrerseits die Vorwände zu beseitigen, unter welchen die Seelsorge denen, welche Verlangen danach haben, an vielen Orten gegenwärtig versagt wird. Der Hauptgedanke der Vorlage ist also der, daß die Regierung einseitig ihre Mitwirkung Rom und, ohne Verpflichtungen gegen die Kurie zu übernehmen, häusliche Verhältnisse Preußens im Wege der Gesetzgebung zu regeln übernimmt.

Wie in diesen Sachlage liberale Blätter auf den Gedanken kommen können, die Unzufriedenheit des Papstes mit der Vorlage könne die Regierung dahin bringen, auf die letztere zu verzichten, ist uns unbegreiflich. Es hiesse das etwa dasselbe wie die Erklärung: wir wollten soeben den Rath fassen, unsere eigenen Geschäfte auf Grund unserer Souveränität selbst zu regeln; da wir aber mit Schrecken hören, daß man in Rom damit nicht zufrieden ist, so verzichten wir darauf. Daß die Vorlage in Rom nicht gefallen würde, sah die Regierung nach den Altenstücken, welche wir veröffentlichten, voraus; sie sah auch voraus, daß dieselbe in parlamentarischen Kreisen auf manche Bedenken stoßen würde. Sie kann aber in Sachen von so großer Tragweite nicht nach Eindrücken, sondern nur nach Erwägung dessen ihre Entschlüsse fassen, was sie für gerecht, vernünftig und politisch zweckmäßig hält.

Für zukünftige Verhandlungen mit Rom würde durch die Annahme der Vorlage voraussichtlich ein fruchtbarer Boden geschaffen werden als der bisherige. In der bisherigen Situation kann die Verhandlung nur Prinzipien betreffen und auf diesem Boden ist man mit Rom niemals zum Abschluss gelangt. Nach Annahme der Vorlage aber kann über die Beziehung des Staats zu den noch fungierenden Bischöfen, sowie über die Frage der Rehabilitirung des einen oder des anderen der nicht mehr fungierenden, in praktische Verhandlungen über einzelne konkrete Fälle und bestimmte Personen eingetreten werden, und in Beziehung auf solche hat die Kurie auch bei anderen Anlässen eher mit sich reden lassen. Ob und in wie weit die Regierung von den erstrebten Ermächtigungen Gebrauch machen wird, wird ohne Zweifel von dem Maße des Entgegenkommens abhängen, welches sie bei den päpstlichen Behörden finden wird. Wenn ihr aber dieser Weg der Verständigung, den sie auf Grund der bisherigen Erfahrungen gewählt hat, durch Ablehnung der Vorlage verschlossen wird, so wird die Majorität des Landtags damit sich auf die Dauer dem Eindruck nicht entziehen können, daß der Regierung die Mittel, auch nur zur Annäherung an eine Verständigung von der Volksvertretung versagt werden, und daß ihr Elemente gegenüberstehen, welche der Fortdauer des Kampfes als einer permanenten Institution zu Zwecken bedürfen, welche eine Staatsregierung sich nicht aneignen kann.

„Wien, 29. März 1880.“

Durch meinen Bericht vom 14. d. Mts. habe ich zu melden die Ehre gehabt, in welcher Weise ich dem Pronuntius gegenüber nach Maßgabe des hohen Erlasses Nr. 153 vom 4. d. Mts. mich über den Eindruck geäußert habe, den der an Dr. Melchers gerichtete Brief des Papstes auf Eure Durchlaucht gemacht hatte.

Der Pronuntius hat diese meine Äußerung nach Rom berichtet. Heute kam er zu mir, um mir eine Depesche des Kardinals Nina vom 23. d. Mts. vorzulesen, welche die Antwort auf seinen Bericht enthält.

Kardinal Nina sagt, der Heilige Vater wolle die in Aussicht gestellte Instruktion an die Bischöfe ohne Verzug erlassen, er wünsche aber, daß ihm vorher durch die königliche Regierung einige Fragen beantwortet würden:

1. Ob die königliche Regierung gestatten würde, daß die Bischöfe Preußens sowohl die in ihren Diözesen anwesenden, wie die abwesenden sich brieflich, jeder für sich, an die Regierungen wenden dürften, um ihr die Namen der in die erledigten Pfarren zu ernennenden Priester anzugeben. Hieran könne die königliche Regierung ihre Bedenken, wenn solche vorhanden wären, geltend machen. Würde die Regierung diese Briefe wohlwollend aufnehmen, und würde sie ihr Aegrement in den früher angegebenen Grenzen geben? (NB. diese Grenzen sind in den ebenfalls anliegenden Depeschenauszügen angegeben, die mir der Pronuntius ebenfalls mittheilte.)

2. Punkt zwei des Schreibens des Kardinal-Staatssekretärs erbittet Antwort auf die Frage, ob die königliche Regierung das Zugeständnis sub 1, wenn es in Vollzug gesetzt sei, für genügend weitgehend erachten würde, um darauf die allgemeine Amnestie der sub 1 erwähnten Prälaten, ihre Wiederanstellung in ihre Ämter, die Amnestie für den der Strafe verfallenen Klerus und die Niederschlagung der schwebenden Prozesse bei Sr. Majestät zu beantragen.

3. Ob, wenn diese beiden Fragen günstige Beantwortung finden würden, die königliche Regierung dem Papste die Zustimmung geben wolle, die preussische Gesetzgebung in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der katholischen Kirche zu bringen, zu denen namentlich die freie Ausübung des heiligen Ministeriums gehöre, wie die Erziehung des Klerus und der religiöse Unterricht der katholischen Jugend? Wenn diese Fragen günstig beantwortet werden würden, sollte die in Aussicht gestellte Instruktion sofort erlassen werden.

gez.: H. VII. Neuf.

Seiner Durchlaucht dem Herrn Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Berlin.

„Wien, den 15. April 1880.“

Dem Kardinal Jacobini ist von Rom noch

keine Antwort auf seine Depesche zugegangen, welche den preussischen Ministerialbeschluss vom 17. März begleitet, indessen glaubt er nicht zu irren, wenn er den Eindruck, den dieser Schritt der königlichen Regierung im Vatikan hervorgebracht haben dürfte, als einen ungünstigen bezeichnete.

Man habe in Rom mit Fug und Recht erwarten können, daß die lange dauernde Verathung des preussischen Staatsministeriums über die Wiener Arbeit des Geheimen Raths Dr. Hübler mit einer Äußerung darüber enden würde, wie sich die königliche Regierung zu den römischen Desiderien stellen und in wie weit sie ihre eigenen Forderungen aufrecht erhalten wolle.

Statt dessen sei nun ein Beschluss des Staatsministeriums erfolgt, welcher die Wiener Arbeit ganz ignoriere und dessen Werth, was die Belassung des Streitiges zwischen dem Staate und der Kirche betreffe, noch ein ziemlich zweifelhafter und nicht mit Klarheit zu bestimmender sei.

Ich habe dem Pronuntius klar zu machen versucht, wie meiner Ansicht nach die Wiener Arbeit durchaus keine verlorene sei. Das Breve des Papstes vom 24. Februar habe einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Verathungen des Staatsministeriums gehabt; die Regierung trage sich mit der Hoffnung, von der Landesvertretung die zu erbittende diskretionäre Befugnis zu erhalten. Daß die Tendenz der königlichen Regierung dahin gehe, von dieser Befugnis einen Gebrauch zu machen, der allmählig wieder zum friedlichen Zusammenleben führen werde, das werde man in Rom ebenso gut wissen, als ich dies versichern könnte. Die Administration des Ministeriums v. Puttkamer beweise genügend seinen versöhnlichen Sinn. Ich glaube daher, daß man auf diesem Wege schneller zum Ziele, dem Frieden, kommen werde, als durch eine in den Grenzen der Möglichkeit gehaltene Abänderung der Gesetze, die der römischen Kurie wohl nicht genügend erscheinen und Grund zu zahllosen Kontroversen geben werde.

Ich habe nicht den Eindruck gehabt, daß ich den Pronuntius überzeugt habe. Sein Hauptbedenken war, daß der katholische Klerus à la merci der Regierung sein werde; das sei keine Sicherheit für die Ausübung des heiligen Ministeriums der Kleriker!

Auf die Frage, was mit Beziehung auf die Wiederanstellung der Bischöfe beabsichtigt werde, erwiderte ich, daß diese Frage erst dann zur Sprache kommen könnte, wenn der Papst die in Aussicht gestellte Instruktion wegen der Anzeigepflicht erlassen haben werde. Ohne dieses praktische Eintreten in das Feld der KonzeSSIONen keine GegenkonzeSSION von Seiten Preußens. Der preussische Landtag werde voraussichtlich in der Mitte des Monats Mai zusammentreten, wenn man daher in Rom die Gelegenheit benutzen wolle, so müsse man sich bald entschließen.

Der Kardinal kam dann noch auf die in Aussicht gestellte Wiederanknüpfung der regelmäßigen diplomatischen Beziehungen zu sprechen und fragte, warum eine preussische und keine Gesandtschaft des deutschen Reiches in Aussicht genommen worden. Ich habe dabei bemerken können, daß, wenn es auch der Kurie von hohem Werthe sein wird, nach hergestelltem Frieden wieder in regelmäßigen Beziehungen mit Preußen zu leben, sie doch kaum geneigt sein dürfte, für diesen Vortheil einen Preis zu zahlen.

gez.: H. VII. Neuf.

Seiner Durchlaucht dem Herrn Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Berlin.

Nachschrift
zum Bericht vom 15. April 1880.

Wien, den 16. April 1880.

Heute Vormittag suchte mich der Kardinal Jacobini auf, um mir ganz vertraulich von einer Zuschrift Kenntniss zu geben, die er gestern Abend vom Kardinal Nina erhalten hatte.

Diese Depesche bespricht den Staatsministerialbeschluss vom 17. v. Mts. nur insofern, als sie sagt, der Eindruck, den derselbe auf den heiligen Vater gemacht habe, sei der allerpeinigste gewesen, weil er eine ganz andere Äußerung der königlichen preussischen Regierung erwarten zu können geglaubt habe. Der Kardinal-Staatssekretär hoffe, daß der kaiserlich deutsche Botschafter in Wien noch in der Lage sein werde, bessere Auskünfte (consilii) zu ge-

ben, wenn er im Stande gewesen sein werde, die Aufmerksamkeit seiner Regierung auf die praktische Wichtigkeit der Depesche des Kardinal-Staatssekretärs vom 23. März zu lenken.

Wenn diese Erklärungen nicht günstig ausfallen sollten, so würde der Pronuntius von den definitiven Beschlüssen informiert werden, welche sich der heilige Stuhl gezwungen sehen würde, gegenüber einer so peinlichen Situation zu fassen.

Meine Frage, ob dieses mir vorgelesene Schriftstück als eine Antwort auf die Mittheilung zu betrachten sei, die ihm der kaiserliche Geschäftsträger am 6. d. Mts. gemacht, verneinte der Kardinal. Wie diese Antwort ausfallen werde, sei indessen vorauszufragen. Der Moment sei ein höchst kritischer und bedenklicher. Er suche vergeblich nach Mitteln, um den heiligen Stuhl noch von einem Entschluss zurückzuhalten, der für die Herstellung des Friedens verderblich sein werde. Die schlimmste Seite des Weges, welchen die preussische Regierung nunmehr einschlagen wolle, sei immer die Ungewissheit, in der die Kirche bleiben werde, und die fehlende Garantie für die Dauer der guten Dispositionen der königlichen Regierung. Er wolle gern zugeben, daß Herr v. Puttkamer die ihm von dem Landtag zur ertheilenden Vollmachten in einem dem Frieden nützlichen Sinne gebrauchen werde. Was werde aber nach ihm kommen? Wo sei die Sicherheit, daß der versöhnliche Einfluss, den Eu. Durchlaucht auf die preussische Regierung, so lange Sie Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident bleiben würden, jetzt ausübten, auch nach Ihnen fortbauern werde? Rom könne die von uns geforderten Schritte des Entgegenkommens nicht thun, wenn die königliche Regierung nicht zum Mindesten die Aussicht eröffnete, daß der jetzt projektirte Zustand, die diskretionäre Vollmacht sowohl, wie die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Preußen und der Kurie, zum Ziel haben sollten, zu einer legalen Regelung des Verhältnisses der katholischen Kirche zu kommen, wie solches auf dem Wege einer Revision der Gesetze bereits angestrebt worden sei.

Der Papst müsse den Gläubigen wenigstens die Hoffnung vorhalten können, daß man früher oder später zum Frieden, zu einem modus vivendi kommen werde, der auf gesetlichem Boden gegründet sei. Dieser gesetliche Boden aber sei nur in der Revision der preussischen Kirchengesetze zu finden.

Wenn ich ihm sagen könnte, der neue, von der königlichen Regierung betretene Weg werde eine solche Revision anbahnen und erleichtern, wenn ich ihm in Aussicht stellen könnte, daß die bei dem heiligen Stuhl zu beglaubigende preussische Gesandtschaft die Aufgabe haben werde, die Wiener Besprechungen über die Mobilisation der Maitesetze fortzuführen und zu einem Abschluss zu bringen, so würde eine solche Erklärung vielleicht den heiligen Vater in die Lage setzen, die Gläubigen zu beruhigen. Man sei in Rom weit davon entfernt, den Abschluss eines Konkordates zu verlangen, habe auch schon darauf verzichtet, den Schluss der Verhandlungen durch einen Notenaustausch zu konstatiren, man werde sich damit begnügen, daß, wenn eine Einigung erfolgt sein werde, seitens der königlichen Regierung die Vorschläge für eine Abänderung der Maitesetze dem preussischen Landtage vorgelegt würden.

Er bäte mich dringend, diesen Gedanken Eurer Durchlaucht zu unterbreiten und um eine Meinungsäußerung zu bitten. Es sei dies vielleicht das letzte Mittel, um dem vollständigen Bruch vorzubeugen.

Der Pronuntius scheint einen gänzlichen Abbruch der Verhandlungen zu fürchten und ist auch durch den trodenen Ton der neuesten Depesche Nina's dazu berechtigt. Wie ich aus seinen Äußerungen entnehmen konnte, fürchtet er dann eine Kundgebung, die der heilige Stuhl den Katholiken Preußens schuldig sei, um letzteren die Gründe auseinanderzusetzen, weshalb die Verhandlungen zu nichts geführt haben. Daß dadurch die Luft zwischen Rom und der königlichen preussischen Regierung nur noch größer werden werde, erfüllt den Kardinal mit Besorgnis.

gez.: H. VII. Neuf.

— Hinter den Kulissen der Sozialdemokratie haben sich — wie die „Dresd. Ztg.“ schreibt — in jüngster Zeit eine Reihe Vorgänge abgespielt, die bis jetzt allerdings noch nicht in die Öffent-

lichteit gelangt sind, nichtobwohl weniger aber Beachtung verdienen, da sie ein höchst interessantes Licht auf die augenblicklichen Zustände im Lager der Umsturzpartei werfen. Bekanntlich hat seit dem Jahre 1877 die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei keinen allgemeinen Kongress abhalten können, da die für Juni 1878 nach Gotha ausgeschriebene Generalversammlung von der dortigen Behörde nicht gestattet wurde. In Folge dessen wurden wohl hier und da kleinere Zusammenkünfte veranstaltet, aber das große, sonst regelmäßig alljährlich wiederkehrende Partei-Meeting unterblieb. Zwischen Ostern und Pfingsten dieses Jahres erließen nun die Leipziger Führer Einladungen zu einem Arbeitertage, der in der Woche nach Pfingsten auf schweizerischem Gebiete am Bodensee stattfinden sollte, die Delegiertenwahlen waren bereits vollzogen, die Gelber gesammelt, als die Einberufer des Kongresses erfuhren, daß auch Most und Hasselmann sich an den Verhandlungen betheiligen würden, resp. die beiderseits begonnenen Enthüllungen über die „Finanzwirtschaft“ der Parteileitung fortzusetzen gedächten. Natürlich wäre es dabei zu einem furchtbaren Eklat gekommen, da die Anarchisten Most und Hasselmann wohl im Besitze von Material sein mögen, das die Spitzen der Parteileitung empfindlich kompromittirt hätte, und so wurde denn in letzter Stunde die „schweizerische Pfingstreise von Freunden der Freiheit und der Arbeit“, wie das letzte Circular diesen Kongress euphemistisch bezeichnet, plötzlich „auf spätere Zeiten“ verschoben. Hasselmann und Most sind daher leider um ihre Expektorationen gekommen, in dessen Verlaufte auch, daß die Leipziger Führer ihrerseits binnen Kurzem mit der Persönlichkeit des Hasselmann „Enthüllungen“ vorzunehmen werden, und so wird jedenfalls in nicht zu langer Zeit auf beiden Seiten die schmutzige Wäsche beginnen. (Wie man sich erinnert, soll Hasselmann bereits aus der sozialdemokratischen Partei ausgestoßen sein.)

Der Ausfall der Reichstagswahl in Lüdingen hat die Aufmerksamkeit auf die Stimmung des süddeutschen Volkes gelenkt. Wir entnehmen der gut nationalliberalen „Württemb. Landesztg.“ folgende Äußerungen:

„Die allgemeine Wahllosigkeit ist ein Beweis dafür, daß das Volk nachgerade es müde wird, sich am politischen Leben zu betheiligen. Die Aufregungen, welche der Reichstanzler mit seinen Entlassungsgesuchen u. s. w. herbeiführt, haben naturgemäß eine Erschlaffung des Volkes im Gefolge. Von sehr gut deutsch gesinnten Männern kann man hören: „Zu was soll man eigentlich noch wählen? Man steht immer vor der Alternative, entweder seine eigene Meinung, und wenn sie noch so sehr auf das Wohlergehen des Reiches gerichtet ist, aufgeben oder den genialen Lenker unserer auswärtigen, dem Frieden so förderlichen Politik verlieren zu müssen. Wenn Männer wie Herr v. Rüdhardt vor dem Vorwurf der Konspiration nicht sicher sind, dann gilt allerdings nur noch ein Wille in Deutschland.“

Wir schlagen den demokratischen Sieg nicht hoch an, aber zu dem diesmaligen Ausgang der Wahl im letzten Wahlkreis hat der Gedanke, daß eigentlich niemand in Deutschland mehr etwas zu sagen hat, außer dem Fürsten Bismarck, sehr viel beigetragen hat. Wenn sich die Berliner Vorgänge der letzten paar Monate wiederholen sollten, dann

ist uns um den Ausfall der nächsten Wahlen bange. Ein Vertuschen hilft da nicht nur nichts, sondern ist im Gegenteil gefährlich.“

Das klingt freilich anders, als die unverdrossenen wiederholten Ausführungen des „Schwab. Merkur“, die nationalliberale Partei müsse stets unverändert annehmen, was Fürst Bismarck will, denn alles Andere sei überweislich.

Die Thronrede, mit welcher König Humbert gestern das italienische Parlament eröffnet hat, zeichnet sich durch ihren streng sachlichen Charakter aus. Die ganze Reihe von Reformen wird darin aufgezählt, deren Durchführung der neugewählten Deputiertenkammer obliegt. An erster Stelle geschieht der Mahlssteuer — das in der gestrigen Nummer enthaltene Telegramm spricht irrtümlich von der Mehrsteuer — Erwähnung. Es erscheint aber bemerkenswerth, daß während in der vorigen Thronrede die Beseitigung der Mahlssteuer als schlechthin geboten bezeichnet wurde, diesmal nur das Vertrauen geäußert wird, das Parlament werde, ohne das Gleichgewicht des Budgets zu stören, die Mahlssteuervorlage im Interesse der Bevölkerung lösen. Der römische Korrespondent der „N.-Z.“ hat nun bereits wiederholt auf die bedeutenden Schwierigkeiten hingewiesen, zugleich mit der Aufhebung der Mahlssteuer das Gleichgewicht des Budgets aufrecht zu erhalten. Ebenso wird allem Anscheine nach auch die Aufhebung des Zwangskurses in nächster Zeit ein pium desiderium bleiben. Mehr Aussicht auf Erfolg hat die geplante Wahlreform, zumal nicht bloß die Parteigruppen der Linken, sondern auch zahlreiche Deputirte der Rechten darin übereinstimmen, daß das bisherige System nachgerade unhaltbar geworden ist. Auf die auswärtige Politik übergehend, giebt die Thronrede der Hoffnung auf Erhaltung des Friedens Ausdruck. Während mehrfach die Ansicht verbreitet wurde, daß der Aufstand der Albanesen auch auf italienischen Einfluß zurückgeführt werden müsse, wird in der Thronrede die Hoffnung geäußert, daß die Pazifikation der an Montenegro grenzenden Gebiete sich ohne das Unglück eines Konfliktes vollziehen werde. Ebenso wird der diplomatischen Aktion, welche die loyale Ausführung des Berliner Vertrages bezweckt, ein günstiges Prognostikon gestellt. Ueber die Schwierigkeiten, welche sich für die innere Lage aus der Verworrenheit der italienischen Parteiverhältnisse ergeben, gleitet die Thronrede leicht hinweg. Die Frage wird nur gestreift, wenn die ruhige und würdige Haltung des Landes in der Aufregung des jüngsten Wahlkampfes konstatirt wird. In der That wird der Kampf der Parteien in der Deputiertenkammer sogleich bei der Wahl des Präsidenten entbrennen. Nachdem Farini die Annahme der Kandidatur für die Präsidentschaft der Kammer verweigert hat, beschloßen 138 Deputirte der konstitutionellen Partei, Biancheri als Kandidaten für die Präsidentschaft auszusstellen. Die Aufstellung Biancheri's, der bereits unter dem Ministerium Minghetti als Kammerpräsident fungirte, beweist die Zuversicht der Rechten, nach ihren Erfolgen bei den jüngsten Wahlen bald wieder an das Ruder zu kommen. Allem Anscheine nach wird aber der bisherige Präsident Coppino, der seiner Zeit an Farinis Stelle trat, wiedergewählt werden.

Ausland.

Paris, 26. Mai. Der „Temps“ bestätigt die Nachricht, daß die Regierung, wie bereits an-

gekündigt, beschloßen habe, nicht allein die am Sonntag verhafteten Ausländer auszuweisen, sondern dieselbe Maßregel auch gegen alle fremden Sozialisten ergreifen werde, die hier ihre Agitation betreiben. Dadurch werden namentlich zahlreiche deutsche Sozialisten betroffen werden.

Paris, 26. Mai. Louis Blanc, Clemenceau und Barodet erschienen diesen Morgen im Namen der Pariser Deputirten bei dem Minister des Innern. Louis Blanc stellte an Conspians die Frage, ob er die vom Polizeipräsidenten am Sonntag getroffenen Maßregeln gut heiße; die Polizei sei gegen eine Kundgebung eingeschritten, bei welcher die Teilnehmer friedlich ihr Recht als Bürger ausgeübt hätten. Der Minister entgegnete, zu der Kundgebung sei zuerst von den Organen der äußersten Linken ermuthigt, dann aber von denselben durch dieselben Blätter abgerathen worden. Unter diesen Verhältnissen habe die Regierung die Kundgebung nicht als eine solche betrachten können, die von einer regelrechten und offen auftretenden Partei geleitet werde; infolge dessen habe die Regierung es für ihre Pflicht gehalten, die Kundgebung zu verhindern, und in diesem Sinne Maßregeln getroffen. Aus demselben Grunde habe die Regierung religiöse Kundgebungen, welche Unruhen hätten hervorrufen können, verhindert. Die drei Deputirten werden den übrigen Deputirten von Paris Mittheilung von dieser Erklärung des Ministers machen.

Die Bertheilung der Fahnen an die Armee ist nun endgültig auf den 14. Juli festgesetzt, wo auch das Nationalfest gefeiert werden soll.

Das Viller Blatt „La Brate France“, welches die heftigsten Artikel gegen die Märzbeute brachte, hat den Segen des Papstes Leo XIII. erhalten.

London, 26. Mai. General Wolseley lehrte Dienstag vom Kap der guten Hoffnung zurück. Dem Bernehmen nach wird derselbe General Haines als Oberbefehlshaber der Truppen in Indien abgelöst, mit der Inspektion, dem Vize-König von Indien bei der Ausführung gewisser Armeereformen zur Seite zu stehen.

Der frühere Minister des Innern, Robert Lowe, wurde in den Pairstand als Viscount Sherbrooke erhoben.

Provinzielles.

Stettin, 28. Mai. In der ersten Verhandlung der gestrigen Sitzung des Schwurgerichts hatte sich der Knecht Christ. Franz Kleinke aus Wilbenbruch und der Zieglergeselle Aug. Fr. Wilh. Schulz aus Marienthal wegen Meineids und die Maurer Jul. Hübner und Aug. Nidel wegen Anstiftung zu diesem Verbrechen zu verantworten. Am 26. September v. J. war vor der Königl. Kreis-Gerichts-Kommission zu Bahn gegen Hübner und Nidel ein Termin wegen Holzdiebstahls anberaumt, zu welchem Kleinke und Schulz als Belastungsgenossen geladen waren. Alle vier begaben sich gemeinsam zum Gericht, und auf dem Wege von Marienthal nach Bahn überredeten Nidel und besonders Hübner die beiden Anderen, ein günstiges, der Wahrheit entgegengefügtes Zeugnis abzugeben. Kleinke und Schulz gingen darauf ein und bekräftigten ihre falsche Aussage in dem Termin mit einem Eide. Die Angeklagten, welche theilweise selbst geständig sind, werden durch das Verdikt der Geschworenen entsprechend der Anklage für schuldig befunden und demgemäß Kleinke und

Schulz zu 1 Jahr Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust, Nidel zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust und Hübner zu 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurtheilt, auch sämmtliche Angeklagte für dauernd unfähig erklärt, als Zeugen oder Sachverständige vernommen werden zu können und, da sie bisher auf freiem Fuße, ihre Verhaftung beschloßen.

Die zweite Verhandlung gegen den Maurer Wilh. Schulz und aus Sandfelde wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit wurde mit Ausschluß der Öffentlichkeit geführt und endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu 4 Monaten Gefängnis.

Außer den bereits mitgetheilten Anklagen kommen während der jetzigen Schwurgerichts-Periode noch zur Verhandlung: Am 31. Mai wider den Arbeiter Carl Müller aus Ludwigshof wegen Raubes und wider den früheren Postagenten Schärlein von hier wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung; am 1. Juni wider den Knecht Fr. Wilh. Medlenburg und den Arbeiter Joh. Ferd. Carl Dieß aus Bockow wegen Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge und den Arbeiter Franz Ludw. Ferd. Dittmer aus Unter-Bredow wegen Raubes; am 2. Juni wider die unverheirathete Emilie Albrecht und die verheirathete Joh. Dorothea. Radloff, geb. Erdmann, wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit.

Bellevue-Theater. Herr Emil Siebert beendet heute schon sein mit so vielem Beifall aufgenommenes Gastspiel, da ihn kontraktliche Verpflichtungen nach Riga rufen. Herr Siebert wird heute die vier Stücke des ersten Abends — „Gemüthlicher Preusse“, resp. „Sache“, resp. „Desterreicher“, resp. „Schwabe“ und können wir Jedermann nur rathe, sich den vortrefflichen, eigenartigen Künstler anzusehen.

Die erste gemüthliche Zusammenkunft der Mitglieder des Patriotischen Kriegervereins mit Familien und Vereinsfreunden, welche, wie wir mitgetheilt, während der Sommersaison allwöchentlich verbunden mit Konzert von der Vereins-Kapelle ein Mal veranstaltet werden, findet morgen Sonnabend Abend in Wolffs Saal statt.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 26. Mai. Eine kaiserliche Verordnung vom heutigen Tage beruft die Landtage zum 8. Juni ein.

Wien, 27. Mai. Das „Fremdenblatt“ meldet, daß dem von der österreichisch-ungarischen Regierung der Pforte ertheilten Rathe, um Skutari einen Truppenfordon zu ziehen, damit den um Lust konzentrierten Albanesen die Zufuhren abgeschnitten würden, sich die Regierungen von Deutschland und Ausland angeschlossen hätten. Aus Skutari wird dem Blatte gemeldet, daß daselbst 4 Labors zuverlässiger türkischer Truppen eingetroffen seien, mit welchen eine Einschließung Skutaris ermöglicht werden könnte. Ob indeß die Zufuhr thatsächlich aufhören werde, hänge hauptsächlich von dem aufrichtigen Willen der türkischen Befehlshaber ab, den Befehlen aus Konstantinopel Folge zu leisten.

London, 27. Mai. Nach einer Meldung der „Daily News“ aus Kabul, 26., ist Abdur Rahman durch eine britische Kommission die Emirwürde angeboten worden, Abdur Rahman hat noch keine Antwort ertheilt.

Das Geheimniß der alten Abtei.

Roman aus dem Englischen

42)

In Blair Abtei brauchte man sie nicht; hier brauchte man sie.

Sie war entschloßen, zu bleiben. „Ich weiß, was Du für einen Mann aufgiebst, den Du bis heute nicht gesehen hast“, sagte der Admiral mit plötzlicher tiefer Empfindung. „Du sollst nichts verlieren dadurch, meine Liebe. Schreibe Mr. Rossitur, daß er hier immer willkommen sein wird. Je öfter er kommt, um so lieber wird es mir sein. Lade alle Deine Freunde ein, die Du hier sehen möchtest. Ich will nicht, daß Du Dich in eine Krankenwärterin verwandelst. Du sollst nach Swanage fahren, so oft Du willst, sollst in meinem Boote rudern, den Dienstleuten befehlen und einen Sturm erheben, wenn nicht Alles nach Deinem Willen geht. Du sollst hier Alles zu befehlen haben. Ich wollte, Du könntest Dir einbilden, meine Tochter zu sein und würdest handeln, wie Du es im Hause Deines Vaters thätest“, fügte er traurig hinzu.

Charlotte bückte sich, küßte das alte, wettergebräunte Gesicht und versprach ihm, alle seine Wünsche zu erfüllen.

Als sie sich entfernt hatte und Graff wieder erschienen war, rief ihm der Admiral energisch entgegen:

„Die Bogen werden jetzt ruhiger gehen, Bursche. Ich habe mich in einem Monate nicht so wohl gefühlt, als heute Abend. Vielleicht werde ich noch ganz gesund, ehe Miß Lyle wieder fortgeht. Wer weiß es? Ich habe nur Jemanden gebraucht, der mich erheitert und ermuthigt, und den habe ich jetzt.“

Als Miß Lyle in ihr Ankleidezimmer eintrat, fand sie Mrs. Gorfet daselbst, welche auf sie wartete. Sie theilte ihr ihre Absicht mit, in Petrel-House zu bleiben und Mrs. Gorfet ging bald darauf auf ihr Zimmer.

Charlotte blieb noch lange vor ihrem Kaminfeuer sitzen und schrieb Briefe an Joliette und Rossitur.

Am nächsten Morgen reiste Mrs. Gorfet nach Blair Abtei zurück und nahm die beiden Briefe mit sich.

Das Leben in Petrel-House war voll einfacher Freuden für Charlotte.

Im Verlauf einer Woche kannte sie die Küste eine Meile entlang ganz genau; war in dem Boote des Admirals auf dem Meere gefahren, wobei Graff ihr Führer gewesen war; hatte Besuche von mehreren benachbarten Damen empfangen; Briefe aus der Abtei erhalten und sie beantwortet und hatte sich endlich dem rauhen alten Dattel so unentbehrlich gemacht, daß er sie kaum aus den Augen lassen wollte.

Die zweite Woche glich der ersten ganz genau. Es war bemerkbar, daß die Gesundheit des Admirals sich besserte; daß er die Dienstleute viel seltener durch sein Sprachrohr schalt, daß er dem Kammerdiener nicht mehr so oft wie früher Bücher und Päckchen nachschleuberte, kurz und gut, daß der Einfluß seines Gastes ihn sanfter und verträglicher machte.

„Es ist jetzt, wie in den alten Zeiten“, sagte die Haushälterin vertraulich zu Graff, wie zur Zeit, als Mrs. Bohun noch lebte. Sie war eben so sanft, als der Admiral hitzig ist. Miß Lyle hat entweder das Gesicht, ihn zu behandeln, oder er schämt sich, ihr zu zeigen, wie wild er sein kann. Die Dienstleute verehren die sanfte, liebe, junge Dame alle.“

Aber auf all diese Heiterkeit fiel plötzlich ein grauenvoller Schatten.

An einem stürmischen Februartage hatte der Admiral einen heftigen Anfall seiner Krankheit und die Haushälterin, der Kammerdiener und Charlotte Lyle konnten viele Stunden lang nicht von seinem Schmerzenslager weichen. Charlotte war in ihrer Sorgfalt und Pflege unermüdet gewesen und als er am Nachmittag besser wurde, bemerkte er, daß sie bleich und angegriffen ausah und er machte sich heftige Vorwürfe, daß er so wenig Rücksicht auf ihre Gesundheit und Bequemlichkeit genommen hatte.

„Reide Dich an und gehe ein wenig in die frische Luft, Lottchen“, sagte er. „Es dauert noch zwei Stunden bis zur Dunkelheit. Bringe mir

ein Paar roßige Wangen mit, wenn Du kannst, meine Liebe.“

Charlotte beeilte sich, ihm zu gehorchen. Sie zog eine warme Pelzjacke an, nahm Hut und Muff und eilte auf die Felsen hinaus.

Es war ungefähr vier Uhr. Der graue, umwölkten Himmel hing über dem schäumenden, unruhigen Meere. Die Bogen schlugen heftig an die Felsen an. Der Wind heulte die Küste entlang. In der Ferne waren einige Segel sichtbar. Unter den Felsen lag die Schaluppe des Admirals vor Anker. Es hing Schnee in der Luft, der bald herabfallen mußte. Das Wetter war im Ganzen sehr düster und unheimlich, dennoch blickte Charlotte mit heiterem Blick nach Petrel-House zurück, als sie auf dem Felsen stehen blieb, und die Haushälterin rief ihr eine Warnung zu, als sie den schlüpfrigen Felspfad hinabzustiegen begann, der an den Strand führte.

„Ich glaube nicht, daß sie mich hört“, dachte Mrs. Lyle unruhig. „Ich hätte beinahe Lust ihr Graff nachzuschicken. Es ist ungemein gefährlich, in solchem Wetter zwischen den Felsen herum zu klettern; aber Miß Lyle ist ja vernünftig. Sie wird nicht zu waghalsig sein. Nun, ich kann eben nicht mehr ruhig zusehen, daß Jemand dort auf dem Felsen herumklettert, seit jener Nacht, als der betrunkene Tim Holloway von dort ins Meer stürzte und spurlos verschwand.“

Sie kehrte zu ihren Pflichten zurück und schlug sich ihre Befürchtungen aus dem Kopfe.

Aber die Stunden vergingen und Miß Lyle kehrte nicht zurück. Finsterniß brach ein, die Eischglocke läutete, der Admiral hatte sich soweit erholt, um in den Speisesaal gerollt werden zu können, aber Miß Lyle erschien noch immer nicht, um am Tische zu präsidiren. Erkundigungen wurden eingezogen, die Hausleute in Aufruhr versetzt und mehrere Diener mit Lampen ausgesendet, um die junge Dame zu suchen, aber ihr Suchen blieb fruchtlos. Ein Schneesturm war losgebrochen. Der Wind heulte und um das Suchen zu erschweren, herrschte pechschwarze Finsterniß.

Sie riefen laut nach Miß Lyle; sie durchsuchten die Küste nach allen Richtungen, in jedem Winkel und zwischen allen Felsen und sie fanden — nicht das Mädchen, sondern seinen kleinen Hut und Pelz-

fragen, beide voll Wasser vollgelaugt und halb in den Bogen, halb auf dem Felsen liegend, an demselben Punkte, wo der unglückliche Tim Holloway vor Monaten ertrunken war.

Stundenlang wurde das Suchen noch fortgesetzt, trotz der Thatfache, daß jetzt Niemand mehr hoffte, Miß Lyle am Leben zu finden. Fischer, welche eine Meile weit entfernt wohnten, wurden zu Hülfe gezogen; aber noch lange, ehe die graue Dämmerung des nächsten Morgens hereinbrach, versammelten sich die Männer hoffnungslos und enttäuscht in der Küche des Admirals.

Am Morgen, nachdem Graff neuerdings die Küste sorgfältig durchsucht hatte, erklärte er dem Admiral, daß jedes weitere Suchen nutzlos sei.

„Es hat die ganze Nacht ein entsephlicher Sturm an der Küste gewüthet“, sagte er. „Sie ist auf dem Felsen ausgerutscht und die Wellen haben ihren Leichnam in das Meer hinausgetragen. Wir werden ihn nie finden.“

Der Admiral bedeckte sich das Gesicht mit den Händen und weinte.

„Sie kam nur herher, um zu sterben“, sagte er nach langem Stillstehen. „Armes Mädchen! Warum ließ ich sie nicht in Blair Abtei. Rossitur wird mich als ihren Mörder betrachten. Gib mir Feder und Papier, Graff. Wir müssen sogleich an Miß State und Mr. Rossitur telegraphiren.“

Graff gehorchte.

Die Depeschen wurden geschrieben und Graff ritt selbst damit nach Barnham.

Und noch ehe es Mittag war, traf wie ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel über die Bewohner von Blair Abtei folgende Nachricht herein:

„Charlotte Lyle ist gestern Abend ertrunken. Der Leichnam wurde ins Meer hinausgetragen. Keine Möglichkeit, ihn wieder zu finden. John Bohun.“

Zweihunddreißigstes Kapitel.

Wie es kam.

Adrian Rossitur war nach Charlotte Lyles Abreise nach Petrel House noch eine Woche in Blair Abtei geblieben und dann nach London gegangen. Das Telegramm, welches die Kunde von Miß Lyles



Permanente Ausstellung

von
Nähmaschinen aller Systeme.

Für Schuhmacher

u. Stepper.

Säulen-Maschinen

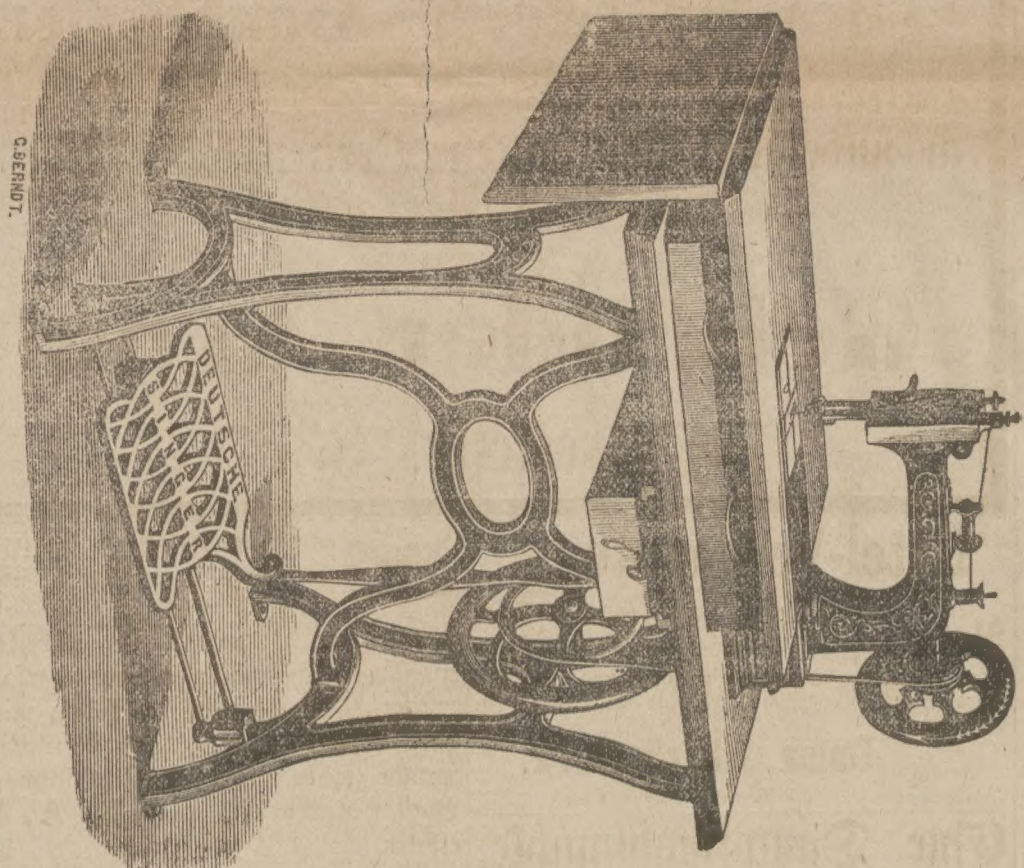
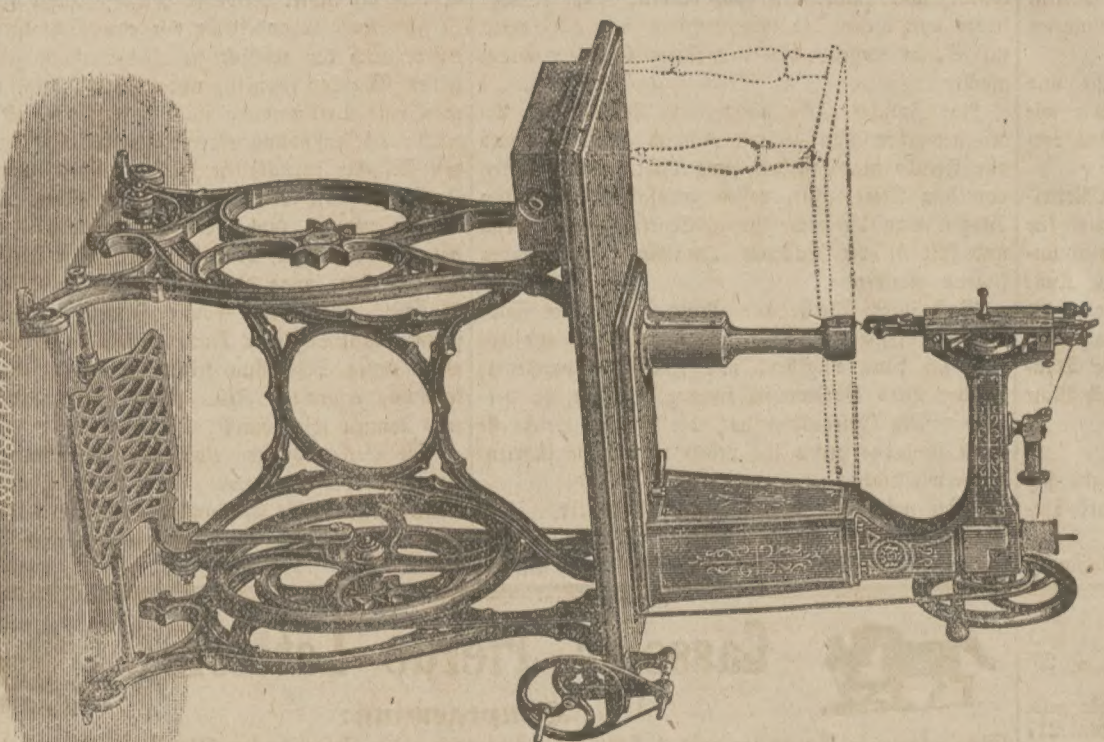
mit hoher Säule und feinstem Säulenkopf.

Elastique - Maschinen

mit längstem Cylinder, großem Schiff und Walzenspannung.

Elastique - Maschinen

mit schmalfstem Cylinder u. feinstem Cylinderkopf, die einzige Maschine, auf welcher man Stichtarbeiten an den feinsten Rinderfellen bequem ausführen kann.



Für die Herren Schneider.

Cylinder-Maschinen,

extra großes Modell, mit 2 Schiffchen und Klappstich.

Universal-Schneider-Maschine,

extra starkes Modell, mit schwerem Gestell, 2 Schiffchen, Zierstichstimmer, nebst allen Apparaten und Klappstich.

Medium No. 4,

große Schneider-Maschine mit Grababstellung.

Medium mit großem Tisch, 2 Schiffchen u. schmalem Drücker für Gantestepper.

Grover & Baker No. 39, neue kräftvolle Schiffchen-Nähmaschine mit allen Apparaten.

Prima Maschinen = Seide, weiß und farbig, Gantest = Maschinen = Garne, Zwirn, lang- und kurz-haapl., Maschinen = Nadeln 2c. 2c. 2c.

Sattler-Maschinen

mit Vorgelege u. verstellbarer Nadelstange. Deutsches Reichs-Patent. Für schwere u. leichte Sattlerarbeit u. zur Stützschuhfabrikation.

Plissée-Maschinen in 5 Größen, mit Gas- und Bolzenbewegung, verstellbaren Gatten, Auslaßfalten, Rosenfalten.

Für den Familien-Gebrauch.

Verbesserte Singer-Familien-Maschinen mit selbstthätigem Nadelverschluss, Stahlwecken, schmiedeeisernen Nadelrücken, abstellbarem Schwingenrad, Stahlapparat. Das Gestell ist mit nachstellbarem Schwingenradgassen, die Zugstange mit verstellbarer Stahlschappe versehen.

Singer-Maschinen mit Rollvorrichtung, Singer-Maschinen mit neuestem Stopfapparat, Singer-Maschinen mit Plisséeapparat.

C. L. Geletncky, Stettin.